

Wir haben unter den Erfahrungsberichten hier einige Partner aus der Wirtschaft, denen wir für ihre Teilnahme danken. Vorgesehen ist, daß die einzelnen mit ihren persönlichen Berichten beginnen und wir dann in der Diskussion die Möglichkeit haben, vertiefend oder grundsätzlich zu fragen. In diesem Sinne schlage ich vor, daß Herr Fischer, den ich als ersten herzlich begrüßen möchte, beginnt und uns seinen Erfahrungsbericht liefert.

**Martin Fischer:** Ich bin ein Handwerksmeister aus der ehemaligen DDR, noch dazu ein selbständiger, der so alt ist wie seine Republik war. Ich hatte in meinem 20-jährigen Betriebsüberlebenstraining mehr Schweiß sein müssen als Handwerker.

Als 10-jähriger war das erste Treffen mit zwei Herren im schwarzen Ledermantel, und einen an Kreislaufschwäche in der Backstube liegender Vater. Nach dem Spießrutenlauf als einziger männlicher Konfirmand in einem christlichen Quartett, wurde mir der Besuch der Oberschule verweigert, da nur die Besten für die sozialistische Landwirtschaft und nicht für das Handwerk zum Abitur delegiert wurden.

Nach dem Abitur an der Abendschule natürlich, auf dem zweiten Bildungsweg und dem zeitgleich abgelegtem Facharbeiterbrief mit Fachschulreife weder ein Studium an der TU-Dresden noch ein Fachschulstudium an der Fachschule für Back- und Süßwarentechnik in Dippoldiswalde „frei war“ – 18 Monate NVA-Wehrdienst.

Als Stammpersonal in einem Unteroffiziersausbildungsregiment, zuständig als Stabsfahrer, Stiefelauszieher für seinen Regimentskommandeur, Benzinabrechner für russische Fahrzeuge, Kellner im Offizierskasino, aber auch intensiver Leser des eigenen Wehrstambuches, als ordentlicher Gefreiter entlassen, und trotzdem kein Studienplatz „frei“.

Mitglied einer Partei geworden, zu deren Gründungsmitglied in Sachsen-Anhalt der Onkel zählte, durch den ich nach einem Urteilsspruch von 25 Jahren Bautzen den sozialistischen Staatsfrust zu spüren bekam und gerade deshalb unmusikalische Blockflöte wurde. Vorsitzender einer Ortsgruppe, die zahlenmäßig die mächtigste Partei im Heimatort war, obwohl meine Vorgänger in dieser Partei Familienbetriebe enteignet und sie selbst kriminalisiert wurden.

Den seit 1870 in Förderstedt bestehenden Handwerksbetrieb zweimal vor einer Sozialisierung (PGH) gerettet, aber auch unter aktiver Mithilfe der örtlichen und kreislichen CDU-Freunde, aber auch wegen meiner dreisten Art im Umgang mit staatlichen Stellen.

Der 1. Versuch: Die letzten privaten Industriebetriebe wurden in den 70er Jahren enteignet, für den Kreis Staßfurt sollte außerdem eine Bäcker-PGH gegründet werden. Mit mir wurde persönlich gesprochen. Dem Kreisvorsitzenden der CDU, auch ein Bäckermeister, teilte ich die Existenz von Dokumenten mit, die den 1. Stellvertreter des Rates des Kreises Staßfurt und Vorsitzender der Abt. Inneres schwer belasteten und deren Herausgabe die Stasi 1956

schlagkräftig von meinem Vater erhalten wollte. Der verdiente Genosse war Bäckerlehrling im elterlichen Betrieb, aber auch Gestapospitzel. Mit dem 1. Versuch sind wir glimpflich davongekommen.

2. Versuch: Die Versorgungssituation mit Backwaren spitzte sich ab 1978/79 in unserem Kreis weiter zu. Wieder sollte ein leistungsstarker Backbetrieb aufgebaut werden – eine PGH wäre die kostengünstigste Variante gewesen. Der Staat sparte, gerade was Backwaren anbelangte, an Investitionen. Die Preise sind Ihnen ja noch bekannt. Mein Grundstück und meine Ausbildung waren für die damalige Leiterin der Abt. ÖVW des Rates des Kreises Staßfurt, eine gelernte Traktoristin, die Lösung. Aber mit Überreichung meines Personalausweises der DDR unter Hinweis auf die neuen Regelungen zur Familienzusammenführung DDR-BRD, meine Frau und meine mit ihr „gezeugten Nichtstaatsbürger der DDR“, sie befanden sich z.Zt. nicht unter staatlichem Zugriff, schlug auch dieser Versuch fehl.

Für diese Frechheiten bezahlte ich dann bis 1989, da erhielt ich meine erste „besuchswise Ausreise in die BRD“, zum 75. Geburtstag des Onkels, der nach seiner Haftentlassung aus der gelben Hölle in Freiburg/im Breisgau lebt.

Genehmigt mit Auflagen: Der Betrieb durfte nicht geschlossen werden, die Aufenthaltsgenehmigung meiner Frau wurde zwecks „Überarbeitung“ eingezogen – trotzdem Fahrt mit dem noch minderjährigen Sohn, der als Bürger der Republik Polen Reisefreiheit für alle Länder besaß, und auch in meinem Personalausweis verzeichnet war. Der Zug hatte zwei Stunden Verspätung, aber wir durften reisen.

Als ständiger Nutzer eines Telefons „Variant II“ mußte ich zwangsläufig Gehörschäden davontragen und nicht auf alles hören was der Staat, bzw. die Partei sagte.

Wie ich eingangs schon sagte, man mußte mehr Schwejk sein als Handwerker.

Die sieben mageren Jahre nach der Einheit neigen sich wohl auch dem Ende entgegen – jetzt müssen die fetten Jahre folgen, das zweite deutsche Wirtschaftswunder muß durchstarten, sozialer Unfrieden zieht auf.

Die ewig Gestrigen liegen immer noch bzw. schon wieder auf der Lauer. Der braune wie auch der rote Faschismus waren für das deutsche Handwerk in unserer Region eine 57-jährige Geisel, und für einen Handwerksbetrieb, der seit 1870 besteht, ein ständiges Wechselbad der Gefühle.

Die gesamtdeutsche Demokratie, getragen von CDU/CSU, F.D.P., SPD und den Grünen, steht in der nationalen Pflicht, der Wirtschaft in den neuen Ländern Rahmenbedingungen zu schaffen, die unsere Fachverbände seit der Stunde Null fordern. Jedes ihrer parteipolitischen Scharmützel im Bundestag dient leider nur ihrer Selbstdarstellung, aber nicht der Gesundung der Wirtschaft. Besonders trifft es die, die mit ihren Arbeitsplätzen nicht ins Ausland abwandern können.